

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Helmut Rohde MdB, AFA-Bundesvorsitzender, unterbreitet das "Arbeitsprogramm" der CDU: Kein Wort zur Mitbestimmung.

Seite 1/2

Friedrich Schäfer, Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unterbreitet Vorstellungen für ein Fünf-Jahres-Wohnungsbauprogramm: Gemeinsame Kraftanstrengungen.

Seite 3

Heinz Rapp MdB kommentiert die Erklärung Kardinal Höffners zur wirtschaftlichen Lage: Keine billigen Vereinnahmungen.

Seite 4/5

Ulrich Lang MdL setzt sich mit dem Bericht der Experten-Kommission Neue Medien in Baden-Württemberg auseinander: Weder Legitimation noch Alibi.

Seite 6/7

Liesel Hartenstein MdB stellt die Arbeitsschwerpunkte der SPD-Umwaltpolitiker für die 9. Legislaturperiode vor. (Teil II)

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

36. Jahrgang / 36

20. Februar 1981

Kein Wort zur Mitbestimmung

Zum "Arbeitsprogramm" der CDU

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Zukunft der Arbeitsbeziehungen und der Mitbestimmung der Arbeitnehmer kommt in dem "Arbeitsprogramm" der CDU, das deren Vorstand dem 29. Unions-Parteitag unterbreiten will, überhaupt nicht mehr vor. Was in diesem schütterten, mit viel Wortgeklügel versehenen Unionspapier unter der bombastischen Überschrift "Aufgaben der 80er Jahre" beschrieben worden ist, bezieht die Unternehmensverfassung und die Rolle der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften im Wirtschafts- und Sozialleben überhaupt nicht mehr ein. Das ist eine merkwürdige Zukunft, die sich die Union da vorstellt. Wer den Text durchgelesen hat, muß den darin enthaltenen Satz, "das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört", wie eine Selbstbezeichnung der Union empfinden.

Ja nicht konkret werden, ist zur Generallinie von CDU/CSU geworden. Sie geraten damit in einem selbsterzeugten Sog, in dem Opposition zum Opportunismus wird. Sprüche statt Politik - diese Versuchung der 80er Jahre wird bei der Union zur Perfektion entwickelt.

Auch die Vormänner der Sozialausschüsse schwimmen auf dieser Woge. Sie suchen nach "neuer Phantasie", wollen 1.000 bunte Blumen blühen sehen, fordern Investitionen, zwar nicht in der Wirtschaft, aber in die "stärkere Verantwortungsbeurteilung des einzelnen". Wie schön ist das alles! Man befindet sich mit keinem im Streit, ärgert im eigenen Lager niemanden - und bewirkt gar nichts.

Bestimmungen und Konkretisierung von Arbeitnehmerinteressen sind diesen Vormännern inzwischen verdächtig geworden. Das werden bei ihnen gleich "Tendenzen vergesellschafteter Wirtschaft". Den Gewerkschaften werfen die Sozialausschüsse vor, nicht für die "soziale Marktwirtschaft" zu sein. Was meinen sie eigentlich? Ist den Sozialausschüssen tatsächlich ent-



gangen, daß die Unionsparteien im Bündnis mit den konservativen Parteien Europas immer abfälliger für die Versuchung werden, mit dem technologischen und wirtschaftlichen Wandel eine Restauration kapitalistischer Mittel und Mentalitäten zu verbinden? Erwarteten sie von den deutschen Gewerkschaften im Ernst, daß sie sich unter gleichnerischen Überschriften zum Mitläufer dieses gegen ihre Interessen gerichteten Prozesses machen? Unsere Phantasie reicht aus, uns die Konsequenzen des konservativen Parteienbündnisses in Europa anhand der Vorreiterrolle der Thatcher-Regierung auszumalen.

Industrielle Arbeitsbeziehungen sind wie Sozialbeziehungen ein wesentliches gesellschaftliches Bestimmungsmerkmal. Mit Recht haben die Gewerkschaften ihnen großes Gewicht gegeben. Das ganze Leben einer Gesellschaft kann nicht allein auf Marktbeziehungen reduziert werden. Es ist folgerichtig, daß die Gewerkschaften im Entwurf ihres Grundsatzensprogramms ihre Vorstellungen und Forderungen von der mitbestimmenden Rolle der Arbeitnehmer konkret darstellen.

Der Geist des CDU-"Arbeitsprogramms" wirkt sich auf das politische Verhalten der Union aus. Zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung haben die Unionsparteien seit dem 5. Oktober 1980 nicht einen Satz öffentlich und verbindlich zu Papier gebracht. Sie sind auf Tauchstation gegangen, obwohl sie vor den Wahlen "zügiges Handeln" angekündigt hatten. Wer so lax die Zeit verstreichen läßt und darauf verzichtet, einen Gesetzgebungsprozeß im Bundestag rechtzeitig in Gang zu bringen, der kann leicht Objekt der Vorstandsplanung im Mannesmannkonzern werden. Dessen Management will ab 30. Juni dieses Jahres - gäbe es bis dahin kein neues Recht - mit innerbetrieblichen Strukturveränderungen den Abbau von Montanmitbestimmung verbinden.

Die CDU/CSU hat jetzt eine Kommission eingesetzt. Vor Mitte März sei, so ist zu hören, nichts zu erwarten. Die Zeit rinnt dahin. In den Presseberichten über die Unionskommission ist weniger von der Absicherung der Montanmitbestimmung als von der "Taktik" ihres Vorgehens die Rede. Wie man dabei die CSU zufriedenstellen kann und die FDP nicht vergrätzt, bereitet der CDU offensichtlich mehr Kopfzerbrechen als die Frage, wie Arbeitnehmerrechte gesichert werden sollen.

Die Union hat erst einmal Nebel verbreitet. Mitbestimmungsentscheidungen sind aber durch den inzwischen von der Bundesregierung eingeleiteten Gesetzgebungsprozeß fällig geworden. Da muß gehandelt werden. Dabei präzise und verlässlich zu sein, heißt für uns, daß nichts versperrt wird, was zur Sicherung und zur Weiterentwicklung der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer gehört.

Die CDU macht sich Mut mit der Einbildung, die Sozialdemokraten "hätten Angst" vor einer Initiative aus dem Unionslager. Wovor sollten wir wohl Angst haben bei einer Union, die sich am Ende der 60er Jahre gegen unseren Gesetzentwurf zur Ausweitung paritätischer Mitbestimmung auf die gesamte Großwirtschaft gewandt hat, die sich 1972 gegen die Reform der Betriebsverfassung stemmte, die bei der Verfassungsklage der Arbeitgeber gegen die Mitbestimmung auf Tauchstation gegangen ist und die sich heute mehr mit taktischen Überlegungen im Bonner Ränkespiel als mit der Zukunft von Montanmitbestimmung befaßt.

Man kann sich fragen, welche Art von Selbstverpflichtungen für den 29. Bundesparteitag der Union in den nächsten Wochen noch abgegeben werden. (-/20.2.1981/hi/oa)

+ + +



Gemeinsame Kraftanstrengung

## Finanzierung des Wohnungsbaus in einem Fünf-Jahres-Programm

Von Professor Dr. Friedrich Schäfer

Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Stellvertretender Vorsitzender des Bundes-SGK

In den letzten 30 Jahren sind Millionen Wohnungen neu gebaut worden. Viele Wohnungen wurden modernisiert. Und doch besteht auch heute ein großer Bedarf an Wohnungen. Es bedarf einer großen Anstrengung, um den benötigten Wohnraum zu schaffen.

Die Ausstattung der Bevölkerung mit Wohnraum ist sehr unterschiedlich. Die einen haben gute, sehr gute, ja luxuriöse Wohnungen, sie sind insofern Nutznießer des wirtschaftlichen Aufbaus. Die anderen haben ausreichenden befriedigenden Wohnraum. Aber einige Hunderttausend bedürfen neuer ausreichender Wohnungen, die sie bezahlen können. Es ist recht und billig, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung sich der Bewältigung dieses Problems zu widmen.

Ich schlage dazu vor, daß in eine Fünf-Jahres-Programm ein Wohnbau-Förderungs-Programm durchgeführt wird. Die Finanzierung kann in einem zeitlich befristeten Gesetz gefunden werden:

- Für jede erwachsene Person wird ein Wohnraum von 50 Quadratmeter zugrunde gelegt. Für jedes weitere Familienmitglied 20 Quadratmeter.
- Für jeden Quadratmeter, der über der Sollgrenze liegt, ist monatlich 1 DM zu zahlen. Ein Ehepaar ohne Kinder mit einer Wohnung von 160 Quadratmetern zahlt 60 DM.
- Unterbelegte Wohnungen werden nach diesen Maßstäben herangezogen.
- Für leerstehende Wohnungen zahlt der Eigentümer 1 DM für jeden Quadratmeter.
- Für besondere persönliche Verhältnisse (Behinderte) werden Sonderregelungen getroffen.
- Durchgeführt wird das Gesetz durch die Gemeinden. Ihnen fließt das Geld zu, zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau.
- Die Gemeinden erhalten ein Hebesatzrecht zwischen 80 Prozent und 120 Prozent des Grundbetrages.
- Die Heranziehung des Pflichtigen erfolgt aufgrund einer Selbstveranlagung. Wird bei stichprobenweiser Überprüfung ein Abweichen von mehr als zehn Prozent vom tatsächlichen Wohnraum festgestellt, wird für ein Jahr der fünffache Betrag erhoben.

Erste Schätzungen besagen, daß auf diese Weise jährlich ungefähr fünf Milliarden DM aufgebracht werden können.

Dieses Zeitprogramm ist zumutbar und durchführbar. Die Gemeinden können mittelfristig planen und die Bauwirtschaft kann es ebenfalls.

Dem Umstand, daß die einen bestens oder doch angemessen wohnen, die anderen keine Aussicht haben, Wohnungen zu erhalten, die ihrem Einkommen angemessen sind, kann auf diese Weise abgeholfen werden.

Erreicht werden muß ein funktionierender Wohnungsmarkt, der ohne Kraftanstrengung nicht zu schaffen ist.

(-/ 20.2.1981/bgy/ca)

+ + +



## Keine billigen Vereinnahmungen

-----  
Zur Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,

Kardinal Höffner, zur wirtschaftlichen Lage

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Jeder ist gegen "überzogenes Anspruchsdenken", das - so Kardinal Höffner - "so gern alles von anderen und vor allem vom Staat erwartet" und das "die Angebote des Sozialstaates... manchmal bis zum Mißbrauch ausschöpft" - das Problem ist nur: keiner will gemeint, keiner will es gewesen sein. (Übrigens würde ich es begrüßt haben, wenn der Kardinal das Wort vom überzogenen Anspruchsdenken gegen die Verdächtigung der Verteilungsblindheit abgesehen hätte. Auch ihm wird daran gelegen sein, daß die Inanspruchnahme jener Rechte nicht als "überzogen" denunziert werden kann, durch die die staatliche Rechtsordnung Freiheit von unverschuldeter Not und Gleichheit von Startchancen durchzusetzen versucht).

Ebenso wird jeder der Einsicht beipflichten, daß in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und geringerer oder gar ausbleibender Wohlstandsmehrung nicht weniger, sondern im Gegenteil mehr Solidarität mit den schwächeren Gliedern der Gesellschaft geboten und vonnöten wäre - das Problem ist nur, daß keiner auf die Idee kommt, gerade ihm könnte ein Mehr an Solidarität zuzumuten sein.

In seiner Erklärung zur wirtschaftlichen Lage vom 12. Februar spricht Kardinal Höffner den Politikern die Verantwortung zu, Entscheidungen zu treffen, "um einem übertriebenen Anspruchsdenken zu begegnen und die Leistungsbereitschaft zu stärken, die öffentlichen Ausgaben einzuschränken und die Verschuldung zumindest nicht weiter anwachsen zu lassen".

Bleiben wir beim Anspruchsdenken und bei der Leistungsbereitschaft: Gewiß sind da die Politiker auch gefordert, sie sollen die eigenverantwortliche Lebensgestaltung der Menschen fördern und im Staatsleistungsbereich möglichst mißbrauchssichere Gesetze machen - wer aber ist "zuständig" für das aufgezeigte Problem, daß da jeder mit dem Finger auf andere zeigt, daß mit den hehren Prinzipien jeder und mit der ihn betreffenden Konkretion kaum einer einverstanden ist? Wir erleben das in diesen Tagen zum Beispiel mit dem Subventionsabbaugesetz; jeder erfährt es, der zum Beispiel darüber nachdenkt, ob vielleicht bestimmten Gruppen des öffentlichen Dienstes vorübergehend sogar ein "Weniger" zuzumuten wäre, damit die in kritischen Zeiten verstärkt gebotene Solidarität mit jenen möglich wird, die sie gerade jetzt besonders nötig haben; jeder kriegt's zu spüren, der zum Beispiel durch die Einführung einer Abgabe dem Solidaritätswidrigen Zustand fehlbelegter Sozialwohnungen die Spitze nehmen möchte. (Und leider hat sich da die Bonner Opposition seit langem auf der Position "Wir alle - aber ohne uns" bequem eingerichtet).

Der Kardinal sieht das Problem, er spricht es präzise an: "Damit keine Zweifel und Mißverständnisse aufkommen: Die geforderte Umkehr vom Anspruchsdenken, das so gerne alles von anderen und vor allem vom Staat erwartet, fordert das Umdenken von uns allen. Dies trifft die Kirche ebenso wie jeden einzelnen, die Tarifpartner und nicht zuletzt die öffentlichen Hände... Die Lage verlangt von unserer ganzen Gesellschaft ein Umdenken, eine neue Lebenseinstellung, einen neuen Lebensstil." Der innere Bereich der Kirche ist mitgemeint: "Die Ausgaben der Kirche senken - ohnedieß die seelsorgerliche, gesellschaftliche und sozial-caritative Tätigkeit der Kirche eingeschränkt wird."

"Sich frei machen von Ansprüchen und Bedürfnisse, die wir uns einredeten oder einreden ließen", voranschreiten vom Modus des "Mehr haben" zur Lebensweise in der Orientierung



des "Mehr sein": Es bedeutet nicht, die Verantwortung von der Politik weg und zur Kirche hinzuschieben, wenn dazu auf die der Politik gezogene Grenze hingewiesen wird, wie sie Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Rede zum Bundeshaushalt 81 am 30. Januar markiert hat: "Man darf den Staat und seine Organe nicht in eine Rolle hineindrängen, in der sie Lebensinhalte, geistige Inhalte für das Leben einzelner Personen geben sollen." Gerade darum aber geht es, geht es dem Kardinal: Um den Wandel von Lebensinhalten und von Werthaltungen. Seine Erklärung vom 12. Februar trägt dem Aufeinander-Verwiesensein von Staat und Gesellschaft, genauer von Staat und gesellschaftlichen Gruppen, sorgfältig Rechnung.

Konkret und aktuell: Auch und gerade mit den in diesen Tagen heftig diskutierten Gesetzen zur Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer sowie zum Subventionsabbau wird "ein Stück" politische Orientierung gegeben - jetzt kommt es darauf an, daß sie Resonanz findet in der Umorientierung individueller und gesellschaftlicher Verhaltensweisen. Nicht daß hier der Kardinal zum Kronzeugen für diese Gesetze angerufen würde - anders als beim Wahlhirtenbrief vom 3. September 1980 bleibt bei der Erklärung vom 12. Februar 1981 die Eigenständigkeit und Zuständigkeit der Politik für die konkreten Problemlösungen klar gewahrt, umgekehrt darf es auch keine billigen Vereinnahmungen geben. Worauf es hier aber ankommt ist das Erfordernis und der Wille zur Rückgewinnung des Gleichgewichts zwischen gesamtgesellschaftlicher Leistung und gesamtgesellschaftlichem Anspruch. Und da gilt es eben, die Lücke zu schließen zwischen dem allseits abstrakt plakatierten Willen "übertriebenem Anspruchsdenken entgegenzuwirken und die Leistungsbereitschaft zu stärken", und dem andererseits wiederum weit verbreiteten Unwillen, für sich selber daraus Konsequenzen zu ziehen. Die Erklärung von Kardinal Höffner vom 12. Februar 1981 wird in diesem Sinne hilfreich sein.

Eine kritische Anfrage noch zum Schluß: Wie ist das mit der Sozialen Sicherheit, sind unsere Schwierigkeiten - wie in der Erklärung vom 12. Februar angedeutet - denn wirklich hinreichend zu erklären mit der Zuweisung der "Schuld", der Staat habe in der Vergangenheit immer wieder allzu schnell den an ihn gestellten Ansprüchen nachgegeben? War es denn nicht richtig, in den Jahren geradezu der Eingewöhnung in dauernde hohe Wohlstandszuwächse einen angemessenen Teil zum Aufbau und Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit zu verwenden? Politik in der Orientierung an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität hat damals genau dies von uns gefordert; der Umstand, daß es unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen heute in erster Linie um die Sicherung der erreichten Sozialstaatlichkeit geht, macht doch nicht falsch, was damals richtig war. Unter wechselnden Bedingungen erfordert Solidarität unterschiedliches Handeln. Richtig ist dann freilich wieder, wenn Kardinal Höffner dazu auffordert, darüber nachzudenken, ob Ansprüche aufrechterhalten werden können, die unter nicht mehr gegebenen Voraussetzungen eingeführt wurden (und damals ihren Sinn hatten). Immer wieder müssen - heißt es dazu in Tz 2.5.4 des im November 1975 verabschiedeten Orientierungsrahmens 85 der SPD, "öffentliche Ausgaben daraufhin überprüft werden, ob ihnen noch ein gültiger sozialer Anspruch zugrunde liegt." Das geschieht zur Zeit - Kardinal Höffner fordert dazu auf, sich dem dazu nötigen Umdenken und dem Mittragen der Anpassungslast nicht zu versagen.

(-/20.2.1981/hi/ca)

+

+

+



Weder Legitimation noch Alibi

Zur Vorlage des Berichts der Expertenkommission Neue Medien in Baden-Württemberg

Von Ulrich Lang MdL

SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg

Der jetzt in Baden-Württemberg vorgelegte Bericht der Expertenkommission Neue Medien (EKM) ist gewiß eine Fleißarbeit. Es muß aber zu denken geben, daß nur sage und schreibe elf Mitglieder der am Ende noch 28 Personen zählenden Kommission diesen Bericht verabschiedet und dabei teilweise ihre Zustimmung sogar noch unter gewisse Vorbehalte gestellt haben. Gravierend ist vor allem, daß sich - nach dem frühzeitigen Rückzug unter anderem des führenden Medienexperten Professor Hoffmann-Riem - die verbliebenen Vertreter der Sozial- und Kommunikationswissenschaft wie auch karitativer Organisationen, Familien- und Elternverbände an der Schlußabstimmung nicht mehr beteiligt haben. Der Vorgang unterscheidet das Gewicht der von der SPD von Anfang an vorgebrachten gesellschaftspolitischen Bedenken gegen Programm-Wildwüchse mit Hilfe der Kabelfernsehtechnik.

Der Schlußbericht der Expertenkommission, der unter einem vom Staatsministerium gesetzten unerhörten Zeitdruck zustandekam, wird noch eingehend zu prüfen sein. Nach einer ersten Durchsicht handelt es sich um eine umfangreiche Materialsammlung über Kabeltechnologien sowie Möglichkeiten und Wünsche für deren Verwendung. Andererseits ist auch unverkennbar, daß hier den vom Ministerpräsidenten frühzeitig geäußerten Wünschen entsprochen wird, nämlich der Möglichkeit zum raschen Direkteinstieg in eine Kabelfernseh-Zukunft, die auch Programme unter privater Beteiligung in direkter Verbindung mit wirtschaftlichen Interessen zuläßt.

Angesichts dieser Sachlage kann der ohne Mehrheit zustandgekommene EKM-Bericht nicht mehr sein als eine weitere Unterlage für die politisch-parlamentarische Meinungs- und Willensbildung im Blick auf die künftige Nutzung neuer Technologien im Medienbereich. Diese zusätzliche Arbeitsunterlage darf aber für die Landesregierung weder Legitimation noch Alibi dafür sein, unter dem Deckmantel des längst fragwürdig gewordenen "Drei-Phasen-Modells" im Hau-Ruck-Verfahren den Soforteinstieg in zusätzliche Kabelfernsehprogramme zu vollziehen und damit aufgrund ehrgeiziger Pläne des Ministerpräsidenten einer Mehrheit der Bevölkerung Baden-Württembergs etwas zuzumuten, was möglicherweise nur eine Minderheit will.

Die SPD-Landtagsfraktion hat nicht nur keine Bedenken gegen die Nutzung technischer Möglichkeiten des Kabels, sie setzt sich vielmehr ausdrücklich für sinnvolle Telekommunikationsdienste ein sowie für die Sicherstellung einer technisch verbesserten Versorgung zum Beispiel Beseitigung topografischer Nachteile. Noch nicht geklärt ist der Rationali-



sierungseffekt solcher neuer Techniken und damit ihr direkter Einfluß auf den Arbeitsmarkt. Notwendig erscheinen deshalb auch soziale Sicherungen gegen den Verlust von Arbeitsplätzen und Berufen. Mit Interesse konnte die SPD-Fraktion bei Gesprächen mit führenden Vertretern aus der Nachrichtentechnik feststellen, daß die Industrie eindeutig Entwicklung, wirtschaftliche Nutzung und Exportchancen völlig unabhängig vom Zustandekommen etwaiger weiterer Funk- und Fernsehprogramme sieht.

Die SPD-Fraktion hat eine klare Entscheidung getroffen, an der öffentlich-rechtlichen Struktur von Hörfunk und Fernsehen festzuhalten. Sie lehnt eine Vermehrung von Werbefernsehen ab und tritt dafür ein, die Werbung bei Funk- und Fernsehen nach Möglichkeiten zu reduzieren. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß eine Finanzierung zusätzlicher Programme über vermehrte Werbesendungen von vornherein auszuschließen ist. Gerade auch in diesem Zusammenhang legt die SPD Wert darauf, daß die Pressevielfalt in unserem Land erhalten bleibt. Ein besonders für mittlere und kleine Presse- und Verlagsunternehmen ruinöser Wettbewerb mit dem Kabelfernsehen um die Werbemittel der Wirtschaft ist deshalb abzulehnen.

Auf dieser Basis beteiligt sich die SPD-Landtagsfraktion an der Willensbildung und Entscheidungsfindung der SPD in Baden-Württemberg und auf Bundesebene. Sie wird die genannten Grundsätze auch in einen Leitantrag für den kommenden Parteitag einbringen und sie zum Ausgangspunkt der parlamentarischen Beratungen machen. Dabei geht die SPD-Landtagsfraktion entschieden davon aus, daß eine ungehemmte Programmvermehrung wegen ihrer nachteiligen Folgen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und das Zusammenleben in der Familie, abzulehnen ist.

Vor allem anderen geht es darum, die Programmqualität zu gewährleisten beziehungsweise zu verbessern und ein Programmangebot zu sichern, das berechtigten Ansprüchen gerecht wird. Die Sorgen der SPD haben sich verstärkt, daß eine Beteiligung von Privaten dies nicht leisten kann, sondern niemandem nützt außer den eigenen wirtschaftlichen Interessen.

(=20.2.1981/hi/ca)

+

+

+



## Hauptgewicht auf dem Vorsorgeprinzip (Teil II)

SPD-Umweltpolitiker legen Schwerpunkte ihrer Arbeit fest

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

## II.

Die technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Möglichkeiten der Verminderung der Abgas- und Lärmemissionen des Kraftfahrzeugverkehrs bildeten den dritten Themenkomplex der Umwelt-Klausurtagung. Die SPD-Umweltpolitiker sind der Auffassung, daß das Problem der Umweltbelastung durch den motorisierten Straßenverkehr so akut und brennend geworden ist, daß ein dringender Handlungsbedarf besteht. Ein weiterer Aufschub bedeutete bei einem Kraftfahrzeugbestand von mehr als 25 Millionen in der Bundesrepublik das Inkaufnehmen von ernstlichen gesundheitlichen Schäden für die Menschen. Schon heute werden die sozialen Folgekosten des Straßenverkehrs, einschließlich des Unfallgeschehens, auf jährlich cirka 45 Milliarden DM geschätzt. Ein Untätigbleiben ist umso weniger vertretbar, als bei den schädlichen Emissionen - Abgas und Lärm - die technischen Möglichkeiten zur Reduzierung bereits weitgehend gegeben sind. Es ist bekannt, daß die deutsche Autoindustrie entsprechend ausgerüstete Modelle heute schon in die Schweiz, nach Schweden, Japan und die USA exportiert, weil dort zum Beispiel schärfere Anforderungen an den Schadstoffgehalt der Abgase gestellt werden. Das umweltfreundliche Auto ist keine Utopie mehr.

Zwar wurden im Hinblick auf die Reduzierung der Schadstoffe in den Abgasen in den vergangenen Jahren auch bei uns beachtliche Fortschritte erreicht - so durch das Benzin-Blei-Gesetz, die schrittweise Absenkung der Emissionen von Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoffen und die 1977 erfolgte erstmalige Begrenzung von Stickstoffemissionen -, aber bis heute stammt immer noch die Hälfte der gesamten Luftverunreinigungen aus dem Kraftfahrzeugverkehr. In den Innenstädten ist dieser Anteil noch höher. Das bedeutet, daß alle Fortschritte bei der Begrenzung der Luftverunreinigung aus Industrie, Gewerbe und Haushalt durch den Schadstoffausstoß aus dem Kraftfahrzeug-Verkehr regelrecht aufgefrisst werden. Der zu erwartende Anstieg des Kraftfahrzeugs-Bestands verschärft die Gesundheitsrisiken, insbesondere bei Smog-Wetterlagen, noch weiter. Das im Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 festgelegte Ziel, die Abgasemissionen der Kraftfahrzeuge bis 1980 auf ein Zehntel zu reduzieren, konnte nach der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung nicht eingehalten werden. Als wichtige Informationen sind festzuhalten:

1. Die Entwicklung von bleiresistenten Katalysatoren, die den Schadstoffausstoß zu 90 Prozent verringern, ist erfreulich weit fortgeschritten, wenn auch noch nicht zur vollen Serienreife gediehene;
2. die Mehrkosten bei Serieneinbau halten sich in vertretbarem Rahmen und werden gegenwärtig auf cirka 200 DM pro Fahrzeug geschätzt.
3. Ein Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, das bis Herbst 1981 abgeschlossen sein soll, zielt auf eine Optimierung dreier Ziele im Kraftfahrzeugbau hin: Auf die Reduzierung der Abgasemissionen um 50 Prozent, die Verringerung des Kraftstoffverbrauchs und eine gleichzeitige Lärminderung.





Die AG Umwelt war sich einig, die Bundesregierung zu ermutigen, bei der EG alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um zu einer raschen und zufriedenstellenden Lösung der Abgasproblematik zu kommen, notfalls jedoch, falls diese Bemühungen scheitern sollten, sich zu einer nationalen Regelung zu entschließen.

Die Belastung der Bürger durch Straßenlärm wird unverändert als Umweltproblem Nummer eins bewertet: Nach Umfragen leidet heute jeder zweite Bundesbürger unter Verkehrslärm. Dieses Übel kann nur mit einem kompletten Maßnahmenbündel erfolgreich angegangen werden. Als Ergebnis der Diskussion ergab sich eine sogenannte "3-Schienen-Methode":

1. Schiene: Lärmverminderung durch Bau und Förderung leiserer Fahrzeuge.
2. Schiene: Verkehrsordnende und verkehrslenkende Maßnahmen in allen bewohnten Gebieten, unter Umständen zunächst an ausgewählten Modellprojekten demonstriert, die sowohl Groß- als auch Mittel- und Kleinstädte berücksichtigen sollten.
3. Schiene: Passiver Lärmschutz durch Neueinbringung eines Verkehrslärmschutzgesetzes.

Der Weg 3 - Schallschutzmaßnahmen an Straßen- und Schienenwegen - darf nicht verabsolutiert gesehen werden, ist jedoch unverzichtbar, da nur so, nämlich durch Untertunnelung von Straßen, Lärmschutzwände und Einbau von Schallschutzfenstern, für die geplagten Bewohner an Hauptverkehrsstraßen rasch und wirksam Abhilfe geschaffen werden kann.

Was bei der Lärminderung am Kraftfahrzeug selbst, etwa durch Verkapselung des Motors, heute bereits technisch machbar ist, zeigt der "flüsternde Lastkraftwagen" von Magirus Deutz, dessen Lärmemissionen um 13 dbA, also um mehr als die Hälfte, gesenkt werden konnten. Er ist mit einem Geräuschpegel um 77 dbA leiser als der Durchschnitt der gegenwärtig laufenden Personenkraftwagen. Ein einziges Fahrzeug dieses Typs erzeugt nicht mehr Lärm als 20 Lastkraftwagen herkömmlicher Bauart.

Zur Förderung der Benutzung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge sollten nach Auffassung der Mitglieder der AG nicht nur die öffentlichen Hände durch den Einsatz abgasarmer und lärmgedämmter Wagen mit gutem Beispiel vorangehen, das heißt die Behörden, öffentlichen Verkehrsbetriebe sowie Bahn und Post, es sollten außerdem für umweltgerechte Fahrzeuge Benutzervorteile eingeräumt und im Gegenzug für Krachmacher und Luftverpester die Erhebung einer "Lärmsteuer" oder einer allgemeinen "Umweltabgabe" erwogen werden. Die Bundesregierung soll in ihrem Bestreben unterstützt werden, die von ihr vorgeschlagenen, drastisch reduzierten Zielwerte auf EG-Ebene bis 1985 zu verwirklichen, andernfalls müssen entsprechende nationale Maßnahmen ins Auge gefaßt werden.

Die Mitglieder der AG Umwelt sind der Überzeugung, daß mittel- und längerfristig umweltgerechte, das heißt energie- und rohstoffsparende und die Umwelt möglichst wenig belastende Produkte auf dem Markt eine Vorrangstellung vor konventionellen erbringen werden, und daß der Bundesrepublik dabei eine Vorreiterstellung zukommen kann. Das gelingt aber nur, wenn die rechtzeitige Umstellung auf eine ökologieverträgliche Wirtschaftspolitik in Angriff genommen wird. (-/20.2.1981/ks/rs)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

